



## SATZUNG

### über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)

Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sowie §§ 2, 8 Abs. 2 und 9 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetz für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Buchen (Odenwald) am folgende Satzung beschlossen:

#### § 1

##### STEUERERHEBUNG

Die Stadt Buchen (Odenwald) erhebt eine Vergnügungssteuer als örtliche Aufwandsteuer nach den Vorschriften dieser Satzung.

#### § 2

##### STEUERGEGENSTAND

Der Vergnügungssteuer unterliegt/unterliegen

1. Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsgeräte, die im Stadtgebiet an öffentlich zugänglichen Orten (z.B. in Spielhallen, Gaststätten, Kantinen, Vereinsräumen) zur Benutzung gegen Entgelt bereitgehalten werden. Als öffentlich zugänglich gelten auch Orte, die nur gegen Entgelt gleich welcher Art oder nur von einem bestimmten Personenkreis (z.B. Vereinsmitgliedern) betreten werden dürfen.
2. das Betreiben einer Diskothek.

#### § 3

##### STEUERBEFREIUNGEN

Von der Steuer nach § 2 Abs. 1 ausgenommen sind

1. Geräte ohne Gewinnmöglichkeit, die nach ihrer Bauart nur für die Benutzung durch Kleinkinder bestimmt und geeignet sind (z.B. mechanische Schaukeltiere),
2. Geräte ohne Gewinnmöglichkeit oder mit Warengewinnmöglichkeit, die auf Jahrmärkten, Volksfesten und ähnlichen Veranstaltungen bereitgehalten werden,
3. Geräte zur Wiedergabe von Musikdarbietungen (z.B. Musikautomaten),
4. Personalcomputer, die Zugang zum Internet verschaffen (Internet-PCs).

**§ 4**  
**STEUERSCHULDNER, HAFTUNG**

- (1) Steuerschuldner ist derjenige,
- a) für dessen Rechnung die in § 2 Nr. 1 genannten Geräte aufgestellt sind (Aufsteller). Mehrere Aufsteller sind Gesamtschuldner.
  - b) für dessen Rechnung die in § 2 Nr. 2 genannte Diskothek betrieben wird (Betreiber). Mehrere Betreiber haften als Gesamtschuldner.
- (2) Neben dem Steuerschuldner haftet als Gesamtschuldner, wem eine Anzeigepflicht nach § 9 Abs. 2 obliegt.

**§ 5**  
**BEGINN UND ENDE DER STEUERPFLICHT,  
ENTSTEHUNG DER STEUERSCHULD**

- (1) Die Steuerpflicht beginnt mit der Aufstellung eines Gerätes. Sie endet mit Ablauf des Tages, an dem das Gerät endgültig entfernt wird.
- (2) Entfällt bei einem bisher steuerfreien Gerät die Voraussetzung für die Steuerfreiheit nach § 3, beginnt die Steuerpflicht mit dem Wegfall dieser Voraussetzung. Bei einem steuerpflichtigen Gerät endet die Steuerpflicht mit Eintritt der Voraussetzung für die Steuerfreiheit nach § 3.
- (3) Die Steuerschuld für ein Kalendervierteljahr entsteht mit Ablauf des Kalendervierteljahres. Endet die Steuerpflicht im Laufe eines Kalendervierteljahres, so entsteht die Steuerschuld für dieses Kalendervierteljahr mit dem Ende der Steuerpflicht.

**§ 6**  
**BEMESSUNGSGRUNDLAGE**

Bemessungsgrundlage für die Steuer ist

- a) bei Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeiten die elektronisch gezahlte Bruttokasse (elektronisch gezahlte Kasse zuzüglich Röhrenentnahmen abzüglich Röhrenauffüllungen, Falschgeld und Fehlgeld);
- b) bei Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeiten die Zahl und Art der Spielgeräte. Hat ein Gerät mehrere selbständige Spielstellen, die unabhängig voneinander und zeitlich ganz oder teilweise nebeneinander bedient werden können, so gilt jede dieser Spielstellen als ein Gerät.
- c) bei Diskotheken die Veranstaltungsfläche und die monatliche Öffnung.

## § 7 STEUERSATZ

(1) Der Steuersatz beträgt für jeden angefangenen Kalendermonat der Steuerpflicht für das Bereithalten eines Gerätes (§2 Abs. 1):

a) Für das Bereitstellen von Spielgeräten außerhalb von Spielhallen je Spielgerät

- |                           |  |
|---------------------------|--|
| 1. mit Gewinnmöglichkeit  | 15 v.H. der elektronisch gezählten Bruttokasse (§ 6 a), mindestens 70,00 Euro. Bei Verwendung von Chips, Token und dergleichen ist der hierfür maßgebliche Geldwert zugrunde zu legen. |
| 2. ohne Gewinnmöglichkeit | 30,00 Euro.  |

b) Für das Bereitstellen von Spielgeräten in Spielhallen oder einem ähnlichen Unternehmen im Sinne von § 33 i oder § 60 a Abs. 3 der Gewerbeordnung je Spielgerät

- |                           |   |
|---------------------------|---|
| 1. mit Gewinnmöglichkeit  | 15 v.H. der elektronisch gezählten Bruttokasse (§ 6 a), mindestens 150,00 Euro. Bei Verwendung von Chips, Token und dergleichen ist der hierfür maßgebliche Geldwert zugrunde zu legen. |
| 2. ohne Gewinnmöglichkeit | 60,00 Euro.   |

(2) Die Steuer für das Betreiben einer Diskothek (§ 2 Nr. 2) berechnet sich wie folgt:

1. Für jeden angefangenen Kalendermonat der Steuerpflicht pauschal 80,00 Euro zuzüglich
2. nach der Größe der von den Besuchern benutzten Flächen einschließlich der Ränge, Logen, Galerien, Wandelgänge und Erfrischungsräume, aber ausschließlich der Bühnen, Kassenräume, Kleiderablagen, ähnlicher Nebenräume sowie Bar und sonstigen Theken.

Die Steuer beträgt für einen Tag, an dem geöffnet ist, bei einer Fläche

- |          |                    |                                |
|----------|--------------------|--------------------------------|
| - bis zu | 90 m <sup>2</sup>  | 8,00 Euro pauschal             |
| - bis zu | 180 m <sup>2</sup> | 10,00 Euro pauschal            |
| - über   | 180 m <sup>2</sup> | 0,08 Euro pro m <sup>2</sup> . |

(3) Tritt im Laufe eines Kalendermonats an die Stelle eines Geräts gemäß Absatz 1 a) Nr. 2 oder Absatz 1 b) Nr. 2 ein gleichartiges Gerät, so wird die Steuer für diesen Kalendermonat nur einmal erhoben.

(4) Bei einem Wechsel des Aufstellungsortes eines Gerätes gemäß Absatz 1 a) Nr. 2 oder Absatz 1 b) Nr. 2 im Stadtgebiet wird die Steuer für den Kalendermonat, in dem die Änderung eintritt, nur einmal berechnet. Dies gilt entsprechend bei einem Wechsel in der Person des Aufstellers; Steuerschuldner für den Kalendermonat, in dem die Änderung eintritt, bleibt der bisherige Aufsteller.

(5) Macht der Steuerschuldner (§ 4) glaubhaft, dass bei Geräten gemäß Absatz 1 während eines vollen Kalendermonats die öffentliche Zugänglichkeit des Aufstellungsortes nicht gegeben (z.B. Betriebsruhe, Betriebsferien) oder eine Benutzung des Steuergegenstands für die in § 2 genannten Zwecke aus anderen Gründen nicht möglich war, wird dieser Kalendermonat bei der Steuerberechnung nicht berücksichtigt.

## **§ 8 FESTSETZUNG UND FÄLLIGKEIT**

Die Steuer wird durch Steuerbescheid festgesetzt und ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheids zu entrichten.

## **§ 9 ANZEIGEPFLICHTEN**

(1) Die Aufstellung und jede Veränderung, insbesondere die Entfernung eines Gerätes im Sinne von § 2 Abs. 1 ist der Stadt Buchen (Odenwald) innerhalb von zwei Wochen schriftlich anzuzeigen. Bei Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit ist jede Änderung bzw. jede Änderung der eingesetzten Spielgeräte anzuzeigen und eine Steuererklärung (§ 10 Absatz 1) innerhalb von zwei Wochen schriftlich abzugeben. Wird die Entfernung verspätet angezeigt, kann die Vergnügungssteuer bis einschließlich des Monats der Abmeldung festgesetzt werden.

(2) Anzeigepflichtig sind der Steuerschuldner (§ 4) und der Besitzer der für die Aufstellung benutzten Räumlichkeiten oder Grundstücke. In der Anzeige ist der Aufstellungsort, die Art des Geräts (im Sinne von § 6 Buchstabe a) mit genauer Bezeichnung, der Zeitpunkt der Aufstellung bzw. Entfernung sowie Name und Anschrift des Aufstellers anzugeben.

(3) Ein bei der Berechnung der Steuer nach § 7 Abs. 5 nicht zu berücksichtigender Kalendermonat ist vom Steuerschuldner (§ 4) innerhalb von zwei Wochen nach Ende dieses Zeitraumes der Stadt Buchen (Odenwald) schriftlich mitzuteilen.

(4) Der Betreiber einer Diskothek ist verpflichtet die monatlichen Öffnungstage und die jeweils genutzte Fläche der Stadt Buchen (Odenwald) anzuzeigen.

## **§ 10 STEUERERKLÄRUNG**

(1) Der Steuerschuldner hat der Stadt Buchen (Odenwald) bis zum 15. Tag nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres für die Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit den Inhalt der Bruttokasse (§ 6 a) anhand eines amtlich vorgeschriebenen Vordrucks, getrennt nach Spielgeräten und Kalendermonaten mitzuteilen (Steuererklärung). Der Steuererklärung sind sortiert alle Zählwerks-Ausdrucke mit sämtlichen Parametern (entsprechend § 6 a) für den Meldezeitraum anzuschließen. Erfolgt keine Erklärung, so wird der Inhalt der Bruttokasse geschätzt und es können Verspätungszuschläge erhoben werden.

(2) Für die Steuererklärung nach Absatz 1 ist der letzte Tag des jeweiligen Kalendervierteljahres als Auslesetag der elektronisch gezählten Bruttokasse zugrunde zu legen. Für das Folgevierteljahr ist lückenlos an den Auslesetag (Tag und Uhrzeit des Ausdrucks) des Auslesetages des Vorvierteljahres anzuschließen.

(3) Der Betreiber einer Diskothek hat der Stadt Buchen (Odenwald) bis zum 15. Tag nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres die monatlichen Öffnungstage und die jeweils genutzte Fläche schriftlich mitzuteilen.

## **§ 11** **STEUERAUFSICHT**

(1) Die Stadt Buchen (Odenwald) ist berechtigt, Aufstellungsorte während der üblichen Geschäftszeiten zur Nachprüfung und Feststellung von Steuertatbeständen zu betreten und Geschäftsunterlagen einzusehen.

(2) Der Steuerschuldner ist verpflichtet, bei der Überprüfung den von der Stadt Buchen (Odenwald) beauftragten Mitarbeitern unentgeltlich Zutritt zu den Geschäftsräumen zu gestatten und alle für die Besteuerung bedeutsamen Auskünfte zu erteilen.

## **§ 12** **ORDNUNGSWIDRIGKEITEN**

Ordnungswidrig im Sinne von § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig den Anzeigepflichten nach § 9 Abs. 1 bis 3 und den Meldepflichten in § 10 Abs. 1 und 2 dieser Satzung nicht nachkommt.

## **§ 13** **INKRAFTTRETEN**

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2012 in Kraft und ersetzt ab diesem Zeitpunkt die Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer vom 27.07.1999, zuletzt geändert durch die 1. Änderungssatzung vom 07.04.2003.

### Hinweis:

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung beim Erlass der Satzung kann nur innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Satzung als von Anfang an gültig zustande gekommen; dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Abweichend hiervon kann die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften auch nach Ablauf der Jahresfrist von jemandem geltend gemacht werden, wenn der Bürgermeister dem Satzungsbeschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat, oder wenn vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Satzungsbeschluss beanstandet hat oder ein anderer die Verletzung geltend gemacht hat.

Buchen, den

Bürger, Bürgermeister

